

01.12.2014 Abrechnung

Erbringung und Abrechnung wahlärztlicher Leistungen durch nicht fest angestellte Honorarärzte

J. Heberer



Bislang war in der Rechtsprechung umstritten, ob die Erbringung und Abrechnung wahlärztlicher Leistungen durch am Krankenhaus nicht fest angestellte, sondern freiberuflich aufgrund einer Kooperationsvereinbarung tätige, Honorarärzte rechtlich zulässig ist. Die mehrheitliche Rechtsprechung der Instanzgerichte lehnte dies ab, indem hierin ein Verstoß gegen § 17 Abs. 3 S. 1 KHEntgG, der als Verbotsgesetz qualifiziert wurde, festgestellt wurde. Lediglich die Landgerichte Würzburg, Nürnberg-Fürth und Kempten erließen für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser positive Urteile, wonach die Erbringung und Abrechnung wahlärztlicher Leistungen durch Honorarärzte als zulässig angesehen wurde, da § 17 Abs. 3 Satz 1 KHEntgG kein Verbotsgesetz darstelle, sondern dieser Regelung lediglich Erstreckungsfunktion zukomme.

Urteil des BGH vom 16.10.2014 – III ZR 85/14

Diesen Meinungsstreit hat nunmehr der BGH mit seinem Urteil vom 16.10.2014 entschieden, indem er sich der Auffassung der mehrheitlichen Rechtsprechung anschloss. Die schriftlichen Urteilsgründe, aus denen man detailliertere Ausführungen erwarten darf, stehen derzeit noch zur Veröffentlichung aus, sodass diese für eine abschließende Beurteilung der nunmehr geltenden Rechtslage und etwaiger Ausnahmefälle abzuwarten bleiben.

Aus der Pressemitteilung des BGH lässt sich jedoch folgendes feststellen: dass vom Krankenhausträger nicht fest angestellte Honorarärzte operative Tätigkeit gegenüber (Privat-) Patienten nicht und gesondert abrechnen können. Ein Vergütungsanspruch zwischen Krankenhaus und Patient noch aus einer getroffenen Vereinbarung über die Behandlung gegen

Aus der Wahlleistungsvereinbarung ergebe sich deshalb, dass der Facharzt für Neurochirurgie weder als Wahlarzt noch als Wahlleistungsvereinbarung aufgeführt gewesen sei. Der erstrecke sich eine Vereinbarung über wahlärztliche Leistungen auf angestellten oder beamteten Ärzte des Krankenhauses (im Rahmen der vollstationären und teilstationären sowie im öffentlichen Gesundheitswesen (im Sinne des Sozialgesetzbuch) berechtigt sind, einschließlich der in öffentlichen und ärztlich geleiteten Einrichtungen außerhalb des Krankenhauses tätig, wonach Honorarärzte eben weder Beamte noch Wahlarzte, da keine Tätigkeit „auf Veranlassung“ eines Krankenhauses, Liquidationsberechtigung erfolge.

Zudem äußerte sich der 3. Senat des BGH dahingehend, dass Liquidationsberechtigten Wahlärzte abschließend festzustellen ist, dass zum Schutz der Patienten dar. Hiervon könne auch nicht abgewichen werden (zwischen Honorararzt und Patient) abgewichen werden. § 134 BGB darstellen würden. Dem Honorararzt wurde die Liquidationsberechtigung und der Patientin getroffenen individuellen, schriftlich

Folglich lässt sich hieraus aus Sicht des Verfassers ein Verbotsgesetz qualifiziert.

Stellungnahme

Vorbehaltlich der ausführlichen schriftlichen Urteilsbegründung entsprechend diesem Urteil zum einen nicht möglich, Honorararztes als Wahlarzt in der Wahlleistungsvereinbarung Leistungen durch diesen zu ermöglichen. Denn der 3. Senat des BGH Liquidationsberechtigten Wahlärzte in § 17 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 k angestellte oder beamtete Krankenhausärzte mit Liquidationsberechtigten Krankenhausärzten und somit aufgrund bestehender Kooperationsvereinbarung tätig

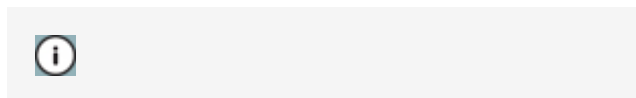
Zum anderen sind sämtliche Vereinbarungen zur Umgehung des Verbotsgesetzes nichtig. Dies gilt einmal entsprechend der BGH-Rechtsprechung zum Honorararzt. Ferner betrifft dies nach Auffassung des 1. Senats des BGH vornehmlich und planmäßig die Durchführung der Wahl zum Umgehung der gesetzlichen bzw. durch die Rechtsprechung des BGH Liquidationsberechtigte Arzt dazwischen geschaltet wi

Die nach dem Gesetz und dem BGH zulässige Veranlassung des liquidationsberechtigten Krankenhausarztes meint nach dem BGH im Einzelfall eine medizinische Notwendigkeit zur Herbeiführung der Honorararzt besteht.

Somit ist im Ergebnis juristisch von jeglichen Umgehungen abzuraten. Dies vor allem deshalb, da hier um die Rechte der Patienten oder Krankenversicherungen, die sich den Risiken gemäß § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB drohen. Für derartige Umgehungen die mit Entstehung des Anspruchs und Kenntnis der arztlichen anspruchsbegründenden Norm) sowie der Person des § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB drohen.

Derzeit bestehende Honorararzt-/Kooperationsarztverträge zur Erbringung und Abrechnung von Wahlleistungen sollten überprüft werden.

Die rechtssicherste Möglichkeit zur Erbringung und Abrechnung ist nach Ansicht des Verfassers damit wie bisher, nun a



Geld und Recht

Autor des Artikels



Dr. jur. Jörg Heberer

Justitiar des BDC, Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Medizinrecht

Rechtsanwaltskanzlei Dr. Heberer & Kollegen

[> kontaktieren](#)